

**4. Motion gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Karin Bétrisey, Daniel Eugster, Josef Gemperle, Christina Pagnoncini, Christine Steiger Eggli und Elisabeth Rickenbach vom 2. Dezember 2020 "Bildung einer ständigen Kommission Klima, Energie und Umwelt" (20/MO 6/86)**

**Beantwortung**

**Präsidentin:** Die Beantwortung des Büros liegt schriftlich vor. Das Wort haben zuerst die Motionärinnen und Motionäre.

**Diskussion**

**Bétrisey, GP:** "Man muss das Unmögliche versuchen, um das Mögliche zu erreichen." Das Zitat von Hermann Hesse ist für die Motion passend, denn am Anfang schien es tatsächlich ziemlich aussichtslos. Eine Motion zur Erweiterung der Raumplanungskommission (RPK) um die Themen Umwelt und Verkehr war gerade gescheitert. Die Voten aller Parteien waren aber klar: Die Themen sind wichtig, die RPK kann aber nicht damit überladen werden. Obwohl erfahrene Ratskollegen anfänglich dachten, dass nun einige Jahre abgewartet werden müssen, bevor ein neuer Vorstoss zur Änderung des Kommissionssystems eingereicht wird, liessen sie sich doch umstimmen, denn wir waren uns im Kernthema einig: Klima, Energie und Umwelt sind einfach zu wichtig, um auf die lange Bank geschoben zu werden. Wir stecken mitten in einer Klimakrise. Es ist höchste Zeit, dem Thema endlich Priorität zuzuschreiben und Massnahmen zu treffen. Die Auswirkungen haben wir alle hautnah miterlebt, gerade in unserem Kanton, in dem die Landwirtschaft einen wichtigen Stellenwert hat: monatelange Trockenheit und damit Wasserknappheit, Extrem-Niederschläge mit Überschwemmungen, Probleme mit der Grundwasserqualität, ökologisch tote Bäche, rapid sinkende Biodiversität und leider aktuell die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten. Ein solch wichtiges Vorhaben lässt sich in der Tat nur mit engagierten Verbündeten umsetzen. So wurde es ein Gemeinschaftswerk mit Vertreterinnen und Vertretern fast aller Parteien. Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich bei meinen Ratskolleginnen Christine Steiger Eggli (SP), Christina Pagnoncini (GLP), Elisabeth Rickenbach (EVP) und meinen Verbündeten Ratskollegen der ersten Stunde Daniel Eugster (FDP) und Josef Gemperle (Die Mitte). Ohne deren Mitwirken und deren Unterstützung wäre das Vorhaben chancenlos gewesen. Am Thurgauer Kommissionssystem haben schon viele gerüttelt. Leider immer ohne Erfolg. In den entsprechenden Dokumenten ist der Grundtenor immer derselbe: Das System hat sich über Jahrzehnte bewährt, es soll nichts verändert werden. Den sieben Büromitgliedern unter dem Vorsitz der Grossratspräsidentin Brigitte Kaufmann ist es zu verdanken, dass sie unser breit abgestütztes Anliegen ernst genommen haben. Der beigezogene Politologe Dr. Michael Strebel hat in seinem Vortrag über Eigenheiten von Kantonsparlamen-

ten der Schweiz interessante Erkenntnisse zu Tage gebracht. Unser System im Kanton Thurgau ist hybrid, also wie ein Hybridauto mit zwei Motoren ausgestattet: Den ständigen Kommissionen, die eine fixe Sitzungsstruktur haben und den Spezialkommissionen, sogenannten Ad-hoc-Kommissionen, die für ein bestimmtes Thema oder eine Gesetzesänderung eingesetzt und nach Erledigung wieder aufgelöst werden. Damit sind wir flexibel, im Vergleich zu anderen Parlamenten aber eher schwach aufgestellt. Die Analyse von Dr. Michael Strebel hat nämlich gezeigt, dass der Regierungsrat im Kanton Thurgau im Verhältnis zum Parlament sehr mächtig ist. Eine Stärkung des Parlaments mit mehr ständigen Kommissionen wäre also durchaus sinnvoll, denn die Gewaltenteilung in der Schweiz hat sich bewährt, und die Machtverhältnisse sollten ausgeglichen sein. Die Befürchtung, dass es mit zusätzlichen ständigen Kommissionen ein Zweiklassensystem geben könnte, konnte mit der Auswertung der Kommissionszusammensetzungen der letzten Jahre deutlich widerlegt werden. Jedes Mitglied dieses Parlaments hat in Kommissionen mitgewirkt, wenn es das wollte. Das Wichtigste vorweg: Das hybride System des Kantons Thurgau soll unverändert bestehen bleiben. Lediglich die Anzahl der ständigen Kommissionen soll von den vier bestehenden Kommissionen, der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, der Justizkommission, der Raumplanungskommission und der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission, um eine zusätzliche Kommission erweitert werden. Mit diesem Schritt wird zudem ermöglicht, dass es in Zukunft noch weitere zusätzliche Kommissionen geben könnte. Gemäss Einschätzung von Spezialisten wäre das in unserem jetzigen System durchaus verträglich. Im Moment sind zusätzlich acht Spezialkommissionen eingesetzt, wobei es jeweils Ratsmitglieder gibt, die in mehreren Kommissionen mitarbeiten. Insbesondere bei Gesetzesanpassungen soll das so bleiben. Die Themen Klima, Energie und Umwelt werden uns die nächsten Jahrzehnte intensiv beschäftigen. Wir müssen erst einmal die Energiewende schaffen und die Eigenversorgung erhöhen, die Auswirkungen der Klimaerwärmung in den Griff bekommen und den zunehmenden Verlust an Arten bei Tieren und Pflanzen eindämmen. Daher ist es wichtig, dass die Themen ständig in unserem Fokus bleiben und parteiübergreifend intensiv bearbeitet werden. Hier sind wir auf die Mitarbeit der Landwirte angewiesen, denn sie spüren die Auswirkungen sehr schnell und haben schon viele Erfahrungen sehr direkt miterlebt. Bei einer ständigen Kommission entsteht zusätzlich eine Kontinuität, denn die Themen Klima, Energie und Umwelt sind unmöglich nach drei bis vier Sitzungen erledigt, sondern sie verdienen einen stetigen Fokus. Der Regierungsrat erhält eine Art "Soundingboard", das Geschäfte vorberaten kann, die später im Grossen Rat behandelt werden. Es besteht eine fixe Agenda, die mit Inhalten gefüllt werden muss. Die Raumplanungskommission hat nur vier fest abgemachte Sitzungstermine pro Jahr, also eine Sitzung pro Quartal. Im Vergleich dazu habe ich mit der Spezialkommission zur Überarbeitung des Gesetzes über Strassen und Wege im Zeitraum von zwei Monaten derzeit vier Sitzungstermine. Es trifft also nicht zu, dass die Belastung für einzelne Ratsmitglieder bei ständigen Kommissionen höher ist. Als Geschäftsinhaberin ist die

Spezialkommission eine viel grössere zeitliche Herausforderung und schlechter planbar als die fest abgemachten Termine der RPK. Ein weiteres Beispiel: Die Spezialkommission zur Vorberatung des Berichtes über strategische Investitionen der Partizipationserlöse der Thurgauer Kantonalbank hat heute die letzte Sitzung, die elfte Sitzung innerhalb von elf Monaten. Wir bedanken uns beim Büro herzlich für die sorgfältige Auslegeordnung und Überprüfung unserer Argumente. Wir sind sehr erfreut über die fast einstimmige Zustimmung zu unserer Motion. Wir hoffen sehr, dass die geschätzten Ratskolleginnen und Ratskollegen die Zeichen der Zeit erkennen und mithelfen, den wichtigen Themen Klima, Energie und Umwelt eine ständige Kommission zuzuweisen. Das misst den Themenbereichen ein höheres Gewicht bei. Zudem stärken wir damit unser Parlament und somit unsere Arbeit. Wir sollten das scheinbar Unmögliche möglich machen. Die Ratsmitglieder sollten mit ihrer Stimme zu einem flexibleren Kommissionssystem beisteuern, das die Herausforderungen unserer Zeit erkennt und ihnen gebührendes Gewicht beimisst. Die Grünen freuen sich sehr, wenn die Ratsmitglieder mithelfen, dass die Motion erheblich erklärt wird. Dies geht nur mit grossem gemeinsamem Effort.

**Steiger Egli, SP:** Klima, Energie und Umwelt sind Themen, die in unserer Gesellschaft eine zentrale und wichtige Stellung einnehmen müssen, und zwar dauerhaft, auch im Grossen Rat. Mit einer neuen ständigen Kommission Klima, Energie und Umwelt wird ermöglicht, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit entsprechenden Interessen und Fachkompetenzen die wichtigen Themen ständig begleiten und die Anliegen beraten. Dies schliesst bei Gesetzesvorlagen, die das Klima, die Energie und die Umwelt betreffen, keine Parlamentarierin und keinen Parlamentarier aus, mitzudenken und mitzugestalten. Entsprechende Gesetzesvorlagen werden nach wie vor durch Spezialkommissionen vorberaten werden. Mit der neuen ständigen Kommission wird also keine Zweiklassengesellschaft geschaffen. Vielmehr wird das Parlament als Ganzes aufgewertet, indem es sich der wichtigen Themen dauerhaft annimmt. Die SP-Fraktion ist einstimmig für Erheblicherklärung.

**Wolfer, Die Mitte/EVP:** Namens der Fraktion Die Mitte/EVP danke ich dem Büro für die sehr sorgfältige Prüfung und für die Beantwortung der Motion. Aus Sicht unserer Fraktion hat sich das heutige System mit vielen Spezialkommissionen und wenigen ständigen Kommissionen bewährt. Daran soll im Grundsatz festgehalten werden. In den Bereichen Klima und Energie kommen aktuell und in den kommenden Jahren fraglos sehr grosse Herausforderungen auf den Kanton und die Gesellschaft zu. Es gilt, hohe Ziele zu erreichen und den Weg zu den Zielen zu definieren und laufend zu justieren. Damit der Prozess zügig und breit abgestützt erfolgen kann, hält es unsere Fraktion für zielführend und geboten, eine zusätzliche ständige Kommission zu schaffen, die den Regierungsrat und die Verwaltung auf diesem Weg und insbesondere in der planenden Phase konstruktiv-kritisch begleitet und unterstützt. Die Kommission soll Gewähr für eine konstante und

verlässliche Thurgauer Energiepolitik bieten. Sie soll aber nicht nur ein "Soundingboard" für den Regierungsrat, sondern auch ein Gefäss sein, in das Parlamentarierinnen und Parlamentarier eigene Anliegen und Ideen auf kurzem Weg einbringen und zur Diskussion stellen können. Die Aufgabe der neuen Kommission Klima, Energie und Umwelt soll im Wesentlichen eine fachliche Begleitung des Regierungsrates sein. Gesetzesanpassungen sollen demgegenüber weiterhin Spezialkommissionen zur Vorberatung zugewiesen werden. Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt den Vorschlag des Büros sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf die Umsetzung des Anliegens im Zuge der Revision der Geschäftsordnung der Grossen Rates (GOGR) vollumfänglich und ist grossmehrheitlich für Erheblicherklärung der Motion.

**Daniel Eugster**, FDP: Im Namen der FDP-Fraktion und als Mitmotionär bedanke ich mich für die umfassende Beantwortung des Büros und des Regierungsrates. Das systematische Vorgehen des Büros ist speziell zu loben. Mit Blick auf die anstehende Revision der GOGR wurden durch die vorliegende Analyse mit Vernehmlassung wichtige Grundlagen gelegt. Das Fazit des Büros deckt sich zu grossen Teilen mit der Antwort der FDP auf die Vernehmlassung. Der FDP Thurgau ist es sehr wichtig, dass Staatstrukturen und Abläufe regelmässig hinterfragt und auf ihre Effizienz überprüft werden. Dazu gehören auch die Organisation und die Arbeitsweise des Grossen Rates. Wir wollen schlank bleiben und den Staatsapparat nicht künstlich und ohne Not aufblähen. Eine Systemanpassung oder eine Systemerweiterung soll nur dann erfolgen, wenn dadurch die Qualität der Ratsarbeit verbessert wird, ein Nutzen für die politische Arbeit entsteht und eine gewisse Dringlichkeit gegeben ist. Unter diesen Aspekten unterbreitete die FDP Thurgau in ihrer Antwort auf die Vernehmlassung einen Umsetzungsvorschlag mit einer einfachen Erweiterung im Sinne einer Entflechtung des Kommissionssystems. Die FDP Thurgau schlägt vor, eine Fachkommission als eigene, neue Kommissionstypologie in die GOGR aufzunehmen. Damit würde eine Entflechtung der ständigen Kommissionen stattfinden. Künftig soll es ständige Kommissionen in Form von Aufsichtskommissionen, wie die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, die Justizkommission, die Gesetzgebungs- und Redaktionskommission, Spezialkommissionen, wie bisher Ad-hoc Kommissionen zur Gesetzesberatungen und eben neu sogenannte Fachkommissionen geben. Die Fachkommissionen sollen auf Antrag des Grossen Rates gebildet werden, wenn übergeordnete wichtige politische Themen, Aufträge oder Ziele bestehen. Dies gilt beispielsweise für die Raumplanungskommission mit dem Richtplan oder für eine neue Kommission Klima, Energie und Umwelt (KEU) mit der Energiestrategie 2050. Es ist ganz wichtig und zentral, die Legimitation der Fachkommissionen mindestens nach zwei Legislaturperioden zu bestätigen, damit das Kommissionsystem nicht aufgebläht wird. Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass die Qualität in der Rats- und Kommissionsarbeit mit neuen befristeten Fachkommissionen durch klar definierte Aufträge und Ziele erhöht würde. In diesem Sinne unterstützt die FDP die Schaffung einer eigenen Kommission Klima, Ener-

gie und Umwelt und grundsätzlich die Umsetzung der Motion im Zuge der Revision der GOGR, wie es das Büro vorgeschlagen hat. Ich wünsche mir eine raschere Umsetzung der Motion. Klima, Energie und Umwelt sind Kernthemen. Eine Fachkommission KEU kann wesentlich zu einer gesamtheitlicheren Behandlung der Themen beitragen, damit uns politisch tragfähige zukunftsorientierte Lösungen nicht links oder rechts, sondern vorwärtsbringen. Die FDP-Fraktion ist bei 1 Enthaltung für Erheblicherklärung der Motion.

**Pagnoncini**, GLP: Das Klima verändert sich nachweislich. Die Energieknappheit beschäftigt uns mehr denn je. Die Umwelt braucht dringendst unsere Initiative. Die Themen Klima, Energie und Umwelt werden uns in den nächsten Jahren, mit Sicherheit in den nächsten Jahrzehnten, bewegen. Hier geht es nicht um "sein würde", sondern es ist so. Die Antwort des Regierungsrates brachte mich ins Staunen oder eher zum leer Schlucken. Ich hoffe doch, dass auch der Regierungsrat erkannt hat, dass die Zeitbombe tickt. Es gilt das Hier und Jetzt. Wir haben Verantwortung. Mit unserer Ratsmitgliedschaft haben wir uns erst recht dazu verpflichtet, diese wahrzunehmen. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an Ratskollegin Karin Bétrisey, die nicht lockergelassen hat. Einen herzlichen Dank richte ich auch an die Mitglieder des Büros. Sie sind sich der Verantwortung augenscheinlich bewusst. Es geht hier nicht um einen Leidensdruck der Ratsmitglieder, die in einer Kommission mitarbeiten möchten, sondern um den Leidensdruck unserer Umwelt, beispielsweise die Wasserknappheit im Sommer. Es geht um dringende, gesellschaftliche und übergreifende Gründe, wie dies das Büro treffend formuliert hat. Es ist Zeit, zu handeln und Massnahmen voranzutreiben. Es ist unabdingbar, dass die Themen auch seitens des Kantons die berechtigte Relevanz erhalten, regelmässig Fortschritte, Handlungen und Aktionen gefördert, optimiert und überprüft werden. Eine Kontinuität ist für die Themen mehr als relevant. Bereits zur Motion "Erweiterung der Raumplanungskommission mit Umwelt, Verkehr und Energie zur RUVEK" herrschte im Grundsatz Einstimmigkeit, dass die Themen Umwelt, Energie und Klima eine spezielle Beachtung verdienen. Die Ablehnung der Motion erfolgte augenscheinlich nur aufgrund der Überlastung der Geschäfte in der Raumplanungskommission. Mit der neuen zusätzlichen Kommission sehen die Motionärinnen und Motionäre kein Problem darin, die Sitze zu besetzen, im Gegenteil. Wir gehen davon aus, dass maximal vier Sitzungen pro Jahr ausreichen werden. Die Motionärinnen und Motionäre fordern den Grossen Rat dazu auf, das Büro gemäss § 75 der Geschäftsordnung des Grossen Rates zu beauftragen, eine Vorlage zur Abänderung der Geschäftsordnung zu unterbreiten, welche die Voraussetzungen schafft, eine neue ständige Kommission Klima, Energie und Umwelt zu bilden. Die zeitliche Abfolge hat das Büro bereits in der Beantwortung definiert. Demnach könnte die neue Kommission bereits mit Beginn der neuen Legislatur ihre Arbeit aufnehmen. Wir sollten zukunftsorientiert vorgehen, vielleicht sogar einmal als "Pilotkanton". Wir sollten unser Potenzial nutzen und mutig sein. Gerne erwähne ich hier, dass die

GLP-Fraktion nicht per se gegen das Anliegen ist, wie dies in der "Thurgauer Zeitung" berichtet wurde. Die Stellungnahme unserer Fraktion sollte bekannt sein. Die GLP-Fraktion unterstützt die Motion einstimmig.

**Tobler, SVP:** Keine unserer Fraktionsmitglieder haben die Motion unterzeichnet. Auch jetzt können wir uns nicht dafür begeistern. Selbst die guten Ausführungen in der Beantwortung haben die SVP-Fraktion nicht überzeugen können, grünes Licht für eine neue ständige Kommission zu geben. Namens der SVP-Fraktion danke ich dem Büro für die Beantwortung und dem Regierungsrat für die Stellungnahme. Wir empfehlen, die Motion nicht erheblich zu erklären, und zwar nicht nur aufgrund des Zungenbrechers "KEU". Ich begründe dies wie folgt: Grundsätzlich haben wir für die Themen Klima, Energie und Umwelt Verständnis. Fast täglich kann darüber in der Zeitung gelesen werden. Wir werden laufend darüber informiert. Die Themen sind aktuell und wichtig für die Zukunft. Sind Bildung, Gesundheit, Soziales, Sicherheit, Rahmenbedingungen für die Wirtschaft oder auch Kultur keine wichtigen Themen, die uns in Zukunft beschäftigen werden? Wir sind dezidiert der Ansicht, dass der Kanton Thurgau seine Aufgaben zu den Themen Klima, Energie und Umwelt mit seinen heutigen Ämtern problemlos ohne zusätzliche ständige Kommission erfüllen kann. Wir wollen kein "Soundingboard". Dies würde zu einer weiteren Personalaufstockung führen. Die Verwaltung beschäftigt die Kommission, und die Kommission beschäftigt die Verwaltung. Bei der Beratung des Budgets diskutieren wir jedes Mal über Personalaufstockungen. Jetzt kann der Grosse Rat Standhaftigkeit beweisen. Wenn wir die Motion erheblich erklären, wird es eine Personalaufstockung geben. Der Regierungsrat würde dann zu Recht sagen, dass es der Grosse Rat so gewollt habe. Die SVP-Fraktion bleibt standhaft. Es ist nur konsequent, die Motion abzulehnen. Noch am 21. Oktober 2020 sprachen sich fast alle Votantinnen und Votanten, das einstimmige Büro und der Grosse Rat mit 89:22 Stimmen gegen eine Erweiterung der Raumplanungskommission zur RUVEK aus. Es wurde von zu viel Arbeit der Raumplanungskommission gesprochen. Ich bin Kommissionspräsident der Raumplanungskommission, stelle dies aber nicht fest. Es war zudem von einer Zweiklassengesellschaft die Rede. Wenn man eine weitere ständige Kommission schaffen wollte, müsste man richtigerweise das ganze System der Kommissionen ändern und nur ständige Kommissionen für alle fraglichen, wichtigen und zukunftsorientierten Themenkreise schaffen. Die Idee wurde bereits mehrfach verworfen. Das habe ich mehrmals erlebt. Wir haben in den letzten Jahren auch ohne "KEU" viel erreicht. Im Bereich Energie wurden verschiedene Konzepte sehr erfolgreich beraten und umgesetzt. Der Energiefonds ist "platschvoll". Ich erinnere an die Windenergie, das Hochwasserschutzkonzept Thurtal, das Langsamverkehrskonzept, die Endlagerung für radioaktive Abfälle, den Fluglärm, das Gesamtprojekt Bodensee-Thurtalstrasse oder die Klimastrategie mit einer eigenen Fachstelle. Ich bitte die Ratsmitglieder, sich einmal das Organigramm des Amtes für Umwelt anzusehen. Das Amt hat wesentlich zum Personalwachstum beigetragen, und es würde mit einer solchen

Kommission weiterwachsen. Will es die Arbeit der Verwaltung, also des Operativen, auch noch übernehmen? Wir wollen kein Zweiklassenparlament. Eine neue ständige Kommission würde generell die Schaffung neuer ständiger Kommissionen provozieren. Fast alle wollten das bisher nicht. Wir sind vom bisherigen System mit Spezialkommissionen überzeugt. Das System ist sehr gut dafür geeignet, kompetente Personen für spezifische Fragestellungen zu engagieren. Wenn eine Motion einer Motionärin erheblich erklärt wird, die nicht der KEU angehört, darf sie sich bei der Vorberatung nicht engagieren und nicht mitwirken. Unseres Erachtens ist das völlig systemfremd. Der Grosse Rat hat es immer wieder deutlich abgelehnt, einen Systemwechsel in Richtung ständiger Kommissionen zu vollziehen. Wenn wir auf die Forderung der Motionärinnen und Motionäre eingehen würden, wäre dies aber genau die konsequente Umsetzung. In Spezialkommissionen werden die Karten in der Regel jedes Mal neu gemischt. Die Rotation im Grossen Rat ist gross, und jedes neue Ratsmitglied hat andere Stärken. Unseres Erachtens ist jenes ein starkes Parlament, das die Talente der Ratsmitglieder bestmöglich zu nutzen weiss. Mit einer Umstellung nur auf nicht ständige Kommissionen könnten wir die Talente weniger oder gar nicht nutzen. Die SVP-Fraktion lehnt das Ansinnen des Büros ab und schliesst sich vollumfänglich der Haltung und dem Antrag des Regierungsrates an. Wir sehen keinen Handlungsbedarf, wurden doch gerade im Bereich der Energie verschiedene Konzepte erfolgreich beraten und umgesetzt. Wie bereits erwähnt will die SVP-Fraktion kein Zweiklassenparlament schaffen. Es hat sich bewährt, die Arbeit auf viele Schultern zu verteilen. Es hat sich zudem bewährt, vom Wissen vieler Köpfe zu profitieren. Verwirrend kommt das Fazit des Büros daher. Als ich dieses gelesen habe, dachte ich, dass es zum selben Schluss kommt wie wir: Die Motion wird abgelehnt. Mit einem eigentlichen "Salto rückwärts" wird die Erheblicherklärung beantragt. Als Sprecher des Büros hat Ratskollege Bruno Lüscher noch im Herbst 2020 genau das Gegenteil zu unserem Kommissionssystem behauptet, als wir die Motion "Erweiterung der Raumplanungskommission mit Umwelt, Verkehr und Energie zur RUVEK" beraten haben. Es wäre ein Dammbbruch, wie ihn bereits einmal der damalige FDP-Fraktionschef Hans Munz mit Vehemenz bekämpfte – mit Erfolg. Ich bitte die Ratsmitglieder, die Motion, wie die fast einstimmige SVP-Fraktion, nicht erheblich zu erklären.

**Fischknecht, EDU:** Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen Peter Schenk: "Die EDU-Fraktion dankt dem Büro für die ausführliche und umfassende Beantwortung der Motion. Der Vorstoss der Motionärinnen und Motionäre ist nachvollziehbar. Das Anliegen, mit einer ständigen Kommission KEU noch näher am politischen Geschehen zu sein, erkennen wir. Insbesondere bewegt aktuell das Thema des Energiemangels. Hier braucht es sofort lokale Lösungen. Weil die zu bildende Kommission keine gesetzgeberischen Aufgaben hätte, sondern nur eine Art ein "Soundingboard" wäre, erkennen wir darin wenig Sinn. Solche 'tönenden Tafeln' gibt es bereits für das kantonale Energieförderprogramm und bei der Energiestrategie. Weiter existieren sehr gute Organisationen, wie

den Solarstrom-Pool Thurgau, den Verein Kompetenz-Zentrum Erneuerbare Energiesysteme Thurgau (KEEST), den Verein Energiefachleute Thurgau, den Hauseigentümer Verband HEV und viele andere mehr. Das genügt. Die EDU unterstützt die Schaffung von Werkzeugen, die exekutiven Biss haben sollen. Vielmehr appellieren wir an die verschiedenen Interessensgruppen, die sich in den politischen und bewilligungstechnischen Abläufen zu oft gegenseitig blockieren: Sie sollten zusammenrücken, ermöglichen und des Volkes Bestes suchen, indem gangbare Kompromisse gefunden werden. Barrieren müssen eliminiert und die zeitlichen Abläufe gestrafft werden. Wir sind der Meinung, dass gezielt eingesetzte Spezialkommissionen besser dienen. Wir werden die Motion deshalb einstimmig nicht erheblich erklären."

**Präsidentin:** Ich schlage vor, die Diskussion an dieser Stelle zu unterbrechen. **Stillschweigend genehmigt.**